

12. *Fridays for Future*

Eine Erfolgsgeschichte vor neuen Herausforderungen

Moritz Sommer und Sebastian Haunss

Fridays for Future hat eine rasante Entwicklung hinter sich. Im Zeitraum von weniger als einem Jahr ist aus den vereinzelt, kleinen Protesten von Schüler_innen eine einflussreiche, in etlichen Ländern der Welt vertretene soziale Bewegung geworden. *Fridays for Future* ist mittlerweile ein zentraler, nicht mehr wegzudenkender Akteur des deutschen und internationalen Klimaaktivismus, dessen Positionen in der Öffentlichkeit präsent sind, der von den politischen und ökonomischen Eliten wahrgenommen wird und der bereits jetzt politische Entscheidungen, zumindest indirekt, beeinflusst hat. Der anfänglich fast ausschließlich von Schüler_innen getragene Protest hat sich in kürzester Zeit zu einer breiten Bewegung entwickelt, die quer durch alle Altersgruppen Menschen mobilisiert, für die Realisierung der Pariser Klimaschutzziele auf die Straße zu gehen.

Wie ist dieser Mobilisierungserfolg zu erklären? Wie hat *Fridays for Future* erreicht, was den klimapolitischen Aktivist_innen in den 20 Jahren zuvor nicht gelungen ist: in Deutschland Klimapolitik ganz oben auf die politische Agenda zu setzen und zu einem Thema zu machen, das die Tagesnachrichten, die Talkshows und die privaten Gespräche vieler Bürger_innen zumindest für einen gewissen Zeitraum dominiert hat.

Auch wenn es noch zu früh ist, die klimapolitischen Erfolge von *Fridays for Future* zu bilanzieren, ist es doch möglich, auf Basis der in diesem Buch präsentierten ersten Forschungsergebnisse zu beurteilen, was die Bewegung bisher erreicht hat, welche Faktoren zu der bemerkenswerten Dynamik der Proteste beigetragen haben und vor welchen Herausforderungen die Bewegung steht.

Wirkung der Proteste

Gemessen an den eigenen Forderungen, entsprechend dem Pariser Abkommen die globale Klimaerwärmung auf maximal 1,5 °C zu beschränken, in Deutschland bis zum Jahr 2035 nur noch die Menge Treibhausgase zu produzieren, die durch natürliche Prozesse wieder aufgenommen werden kann, bis zum Jahr 2030 alle Kohlekraftwerke abzuschalten und bis 2035 die Energieversorgung komplett auf erneuerbare Energien umzustellen (<https://fridaysforfuture.de/forderungen>), hat *Fridays for Future* bisher kaum Erfolge zu verzeichnen. Auch wenn das Erreichen der langfristigen Ziele erst in zehn bis 15 Jahren beurteilt werden kann, so gehen doch die Wissenschaftler_innen des von der Bundesregierung eingesetzten Sachverständigenrats für Umweltfragen davon aus, dass die bisher unternommenen politischen Schritte bei Weitem nicht ausreichen (Sachverständigenrat für Umweltfragen 2020: 5).

Erfolge und Wirkungen einer Protestbewegung lassen sich aber nicht nur an der Umsetzung der erklärten Politikziele bemessen, sondern zeigen sich auch in weiteren Dimensionen. Bewegungen verändern politische Strukturen und formelle oder informelle Regeln, sie können das Parteienspektrum verschieben und sogar die Zusammensetzung von Regierungen beeinflussen. Sie können Themen auf die öffentliche Agenda setzen, die Berichterstattung der Medien prägen und sie können Einstellungen und Verhalten (in Teilen) der Bevölkerung verändern – dazu gehört auch die Bereitschaft zum politischen Engagement oder das Konsumverhalten. Und schließlich können Bewegungen auf sich selbst und auf andere Bewegungen zurückwirken, indem sie die Rahmenbedingungen politischen Handelns beeinflussen und indem sie Spuren in den Biografien der Aktivist_innen hinterlassen.

Auch hier ist es für eine abschließende Beurteilung zu früh. Aber bereits jetzt lassen sich auf verschiedenen Ebenen Folgen der Proteste beobachten – auch in der Politik. So scheint es plausibel, dass *Fridays for Future* das vom sogenannten Klimakabinett der Bundesregierung beschlossene Klimapaket Ende September 2019, inklusive der geplanten Einführung eines CO₂-Preises ab 2021, zumindest stark beschleunigt hat. *Fridays for Future* hat den zwischenzeitlichen Höhenflug von Bündnis 90/Die Grünen im Jahr 2019 begünstigt und den klimapolitischen Forderungen der Partei gesellschaftliche Legitimation verliehen. In vier der fünf Landtagswahlen, die bis zum Sommer 2020 seit Beginn der Proteste stattgefunden haben, konnten die Grünen

bis zu zweistellige Stimmenzuwächse realisieren. Sie sind es auch, die bei den Demonstrierenden mit Abstand die meisten Anhänger_innen finden. Die im Dezember 2019 von den Grünen im Bundesrat durchgesetzte Verschärfung des Klimapakets und die Erhöhung des CO₂-Preises von 10 € auf 25 € pro Tonne ist zumindest indirekt auch auf den ›Druck der Straße‹ zurückzuführen – gleichwohl diese Änderungen noch immer weit hinter den Erwartungen der Protestierenden zurückblieben. Direkter lässt sich der vor allem symbolische Akt der Ausrufung des »Klimanotstands« durch diverse Kommunen auf *Fridays for Future* zurückverfolgen (z. B. Gemeinderat Konstanz 2019). Und der jüngste Verzicht auf eine Kaufprämie für Neuwagen mit Verbrennungsmotoren im Rahmen des Coronakonjunkturpakets Anfang Juni 2020 steht exemplarisch für eine gesellschaftliche und politische Bewusstseinsveränderung in Sachen Klimaschutz, zu der *Fridays for Future* erheblich beigetragen hat.

Fridays for Future konnte also bereits jetzt Einfluss auf die Politik und das Regierungshandeln auf lokaler, Länder- und nationaler Ebene nehmen. Im Vergleich zu anderen sozialen Bewegungen haben etablierte politische Akteure damit ungewöhnlich schnell auf die Proteste reagiert. Diese schnelle Übersetzung in den Politikprozess, hat wie auch die erheblichen Mobilisierungserfolge der Bewegung, vor allem mit günstigen institutionellen und diskursiven Gelegenheitsstrukturen zu tun.

Günstige Gelegenheitsstrukturen

Die Proteste von *Fridays for Future* in Deutschland konnten in mehrfacher Hinsicht auf günstige Voraussetzungen aufbauen (siehe auch Rucht/Sommer 2019). Bereits im Herbst 2018 gaben im Politikbarometer, einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage des ZDF und der Forschungsgruppe Wahlen, 82 Prozent der Befragten an, dass sie den Klimawandel als großes oder sehr großes Problem ansehen (ZDF-Politbarometer 2018). Zwei Drittel waren der Meinung, die Politik tue zu wenig gegen den Klimawandel. Während Aktivist_innen vieler historischer Bewegungen, wie zum Beispiel die Anti-AKW-Bewegung (Rucht 2008) oder die für das Wahlrecht für Frauen (Hewitt/McCammon 2004) zunächst viel Energie und Zeit darauf verwenden mussten, andere Menschen zu informieren und davon zu überzeugen, dass ihr Protest legitim ist und die zivile Nutzung der Atomenergie bzw. die

Beschränkung des Wahlrechts auf Männer überhaupt relevante Probleme darstellten, konnte *Fridays for Future* bereits auf ein weit verbreitetes Problembewusstsein in der Bevölkerung aufbauen. Dieter Rucht und Dieter Rink beschreiben dies im vierten Kapitel als bereits vorhandene »Konsensumobilisierung« (Kapitel 4). Sebastian Koos und Franziska Lauth zeigen im zehnten Kapitel, dass ein relevanter Teil der Bevölkerung sogar die Forderung nach einer CO₂-Steuer von 180 € pro Tonne unterstützt, obwohl diese mit erheblichen individuellen Kosten verbunden wäre. Und auch in den Medien wurde über die Proteste von Anfang an ausgiebig berichtet (vgl. Goldenbaum/Thompson, Kapitel 9). Insgesamt war die »diskursive Gelegenheitsstruktur« (Ferreé u. a. 2002) für *Fridays for Future* also ausgesprochen günstig.

Hinzu kommt, dass sich FFF auch auf institutioneller Ebene bereits auf vorangegangene Entwicklungen stützen konnte. Klimapolitik war nach Jahrzehnten wissenschaftsinterner Debatten und Mahnungen zu einem Spitzenthema der internationalen Politik geworden; seit dem Pariser Klimagipfel im Jahr 2015 existierte ein internationaler Vertrag, in dem sich die über 190 Unterzeichnerstaaten verpflichtet hatten, Maßnahmen zur Begrenzung der globalen Erwärmung zu ergreifen. In Deutschland gab es mit dem 2016 verabschiedeten und von vielen umwelt- und klimapolitischen NGOs als nicht ausreichend kritisierten *Klimaschutzplan 2050* ebenfalls einen politischen Rahmenbeschluss. Zudem trug die Einsetzung der sogenannten Kohlekommission durch die Bundesregierung im Juni 2018 zur politischen und gesellschaftlichen Aufmerksamkeit für den Klimaschutz bei.

Und auch in der Zivilgesellschaft war das Thema bereits virulent. Zahlreiche Umweltverbände hatten den Klimawandel in ihren Kampagnen offensiv aufgegriffen. Daneben hatten seit Jahren auch nicht verbandsförmig organisierte Klima- und Umweltgruppen vor allem gegen den Abbau der hochgradig klimaschädlichen Braunkohle in mehreren Revieren Stellung bezogen und neben konventionellen Protestkundgebungen Aktionen zivilen Ungehorsams durchgeführt (Dietz/Garrelts 2013). Insbesondere die Proteste gegen die drohende Räumung des von Klimaaktivist_innen besetzten Hambacher Forsts im Sommer und Herbst 2018 erregten bundesweite Aufmerksamkeit.

Schlussendlich verstärkte noch der ungewöhnlich trockene Sommer 2018 die Salienz des Klimathemas in Deutschland. Somit war im Winter 2018/19 der Boden für die Proteste von *Fridays for Future* in vielerlei Hinsicht bereitet.

Mobilisierungserfolge: Greta Thunberg, Schulstreiks und ein geschicktes Framing

Günstige Gelegenheitsstrukturen allein können aber die Anziehungskraft von *Fridays for Future* nicht erklären. Diese gab es zumindest teilweise auch zuvor, aber den verschiedenen klimapolitischen Akteuren war es selten gelungen, über einzelne Ereignisse, wie die UN-Klimagipfel, hinaus in größerem Umfang und über längere Zeit Menschen dazu zu bewegen, für den Klimaschutz auf die Straße zu gehen. Die förderlichen Rahmenbedingungen mündeten also nicht automatisch in Massenproteste. Der Schritt von der allgemeinen Aufmerksamkeit für das Thema und dem weit verbreiteten Problembewusstsein zu einer anhaltenden Protestmobilisierung ist die spezifische Leistung von *Fridays for Future*. Dafür sind vor allem drei Aspekte verantwortlich: das Handeln und die Ausstrahlung der Person Greta Thunberg, die Protestform des Schulstreiks und das neuartige Framing.

Ohne das exemplarische Handeln Greta Thunbergs wäre *Fridays for Future* vermutlich nie entstanden. Selten lässt sich der Beginn einer Protestbewegung so eindeutig auf das Handeln einer einzelnen Person zurückverfolgen. Klimaproteste gab es bereits vor *Fridays for Future*. Aber ähnlich wie in der US-amerikanischen Bürger_innenrechtsbewegung, in der die exemplarische Weigerung Rosa Parks, ihren Sitzplatz im Bus für einen Weißen frei zu machen, den Auslöser für den »Montgomery Bus Boykott« lieferte und damit eine neue Phase der Mobilisierung einläutete (Garrow 1985), hat der Schulstreik Greta Thunbergs in der Klimabewegung ein neues Kapitel aufgeschlagen.

Greta Thunbergs unbedingte Überzeugung und Entschlossenheit, ab August 2018 erst täglich und zunächst allein und ab September 2018 immer freitags vor dem schwedischen Parlament für eine radikale Umkehr in der Klimapolitik in den Schulstreik zu treten, fand schnell national und international Resonanz in den Medien und inspirierte andere Schüler_innen, es ihr gleichzutun. Auch wenn die Daten der Protestbefragungen (siehe Sommer u. a., Kapitel 2; Neuber u. a., Kapitel 3) insgesamt eher darauf hindeuten, dass das Engagement Greta Thunbergs nur ein Faktor unter anderen war, der die Demonstrierenden zum Protest motiviert hat, so ist ihr Einfluss für die Anfänge der Bewegung nicht zu unterschätzen. Ihre viel beachteten Auftritte auf dem Parkett der nationalen und internationalen Politik verdeutlichten das Potenzial jugendlichen Engagements und motivierten damit auch

diejenigen, die sich bisher wenig für Politik und Klimaschutz interessierten. Klaus Hurrelmann und Erik Albrecht sehen gar eine »Generation Greta« heranwachsen (Kapitel 11). Zudem spricht vieles dafür, dass der ungewöhnlich hohe Anteil junger Frauen in den aktivistischen Strukturen von FFF, unter den Teilnehmer_innen der Massendemonstrationen und unter den Repräsentant_innen der Bewegung auch auf die Vorbildfunktion Thunbergs zurückzuführen ist.

Zur Bedeutung Thunbergs für die Bewegung gehört auch, dass sie mit ihrem entschlossenen Auftreten schnell zum Medienphänomen wurde und somit der gesamten Bewegung viel Aufmerksamkeit verschaffte. Mit ihren Auftritten auf der Klimakonferenz in Polen, beim Papst, auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos und bei der UN sorgte Thunberg auch zwischen den großen Protestveranstaltungen für Bilder und Gesprächsstoff. Hinzu kommen die Reden bei einzelnen Demonstrationen, unter anderem in London, Kopenhagen, Hamburg, Berlin und New York, die jeweils mit besonders hohen Teilnehmer_innenzahlen und starkem Medieninteresse einhergingen.

Ein weiterer Faktor für die große Resonanz und die Mobilisierungserfolge, der untrennbar mit Greta Thunberg verbunden ist, ist die Idee des Schulstreiks. Gerade zu Beginn der Bewegung Anfang des Jahres 2019 sorgte die demonstrative Abwesenheit vom Schulunterricht für Diskussionsstoff und Kontroversen auf den Schulhöfen und in den Klassenzimmern ebenso wie in den Medien und der Politik. Mit der Aktionsform des Schulstreiks gelang es der Bewegung zum einen, mediales und gesellschaftliches Interesse zu wecken und so ihre Forderungen zu platzieren. Darüber hinaus wirkte diese besondere Spielart des zivilen Ungehorsams von Beginn an identitätsstiftend für den Kern der Bewegung. Im sechsten Kapitel schildert Simon Teune, wie die kollektive Erfahrung des Schulstreiks und die damit einhergehenden Debatten in den Schulen und Familien entscheidend zur Politisierung vieler Jugendlicher und damit zur nachhaltigen Mobilisierung der Bewegung beigetragen haben. Die anfänglichen Versuche vor allem konservativer Politiker_innen, die Proteste als »Schulschwänzen« zu diskreditieren, erwiesen sich für die Bewegung im Nachhinein als Segen. Damit wurde die Konfliktdimension des Protests betont, bei dem die Gefahr bestand, an der fürsorglichen Umarmung wohlgesonnener Politiker_innen zu ersticken.

Der für die enorme Mobilisierungsfähigkeit wohl wichtigste Faktor ist allerdings das Framing (Snow u. a. 1986) der Bewegung. Mit Frames bezeichnet man in den Sozialwissenschaften Interpretationsrahmen, die eine be-

stimmte Sicht auf gesellschaftliche Problemlagen vermitteln. *Fridays for Future* ist es gelungen, die Wahrnehmung des Klimawandels so zu verändern, dass dieser nicht länger als globales, abstraktes Problem wahrgenommen wird, auf das Einzelne nur sehr begrenzt Einfluss nehmen können, sondern als unmittelbar drängendes Problem, das die eigene Zukunft (der jungen Generation) betrifft und dessen Dringlichkeit sofortiges Handeln erfordert.

In den frühen 2000er-Jahren identifizieren Bäckstrand und Lövbrand drei konkurrierende Frames in der Klimabewegung, die jeweils ein unterschiedliches Spektrum dieser Bewegung repräsentierten. Der *Green Governmentalityframe* setzte auf internationale Abkommen zur Bekämpfung der globalen Erwärmung. Der *Ökologische Modernisierungsframe* setzte auf einen wirtschaftsgetriebenen ökologischen Umbau der Marktwirtschaft. Der *Civic Environmentalismframe* setzte auf die internationale Zivilgesellschaft sowie, in einer radikalen Variante, auf einen grundlegenden Umbaus des globalen kapitalistischen Wirtschaftssystems und der internationalen Organisationen bzw., in einer moderaten Variante, auf an den Interessen der Bürger_innen orientierte Reformen (Bäckstrand/Lövbrand 2007). Mit dem Versuch, die Klimabewegung mit anderen Bewegungen zusammenzubringen, etablierte sich in den 2010er-Jahren im protestorientierten Spektrum zudem ein an das Framing der Globalisierungsproteste anschließender *Klimagerechtigkeitsframe*, der die Fragen globaler Ungleichheit und des Ausgleichs zwischen Globalem Norden und Globalem Süden in den Vordergrund stellte (della Porta/Parks 2013). Keiner dieser Frames wurde von allen Bewegungsakteur_innen geteilt.

Vergleicht man nun das Framing des protestorientierten Teils der »alten« Klimabewegung mit dem Framing von *Fridays for Future*, wird deutlich, dass zuvor eine Sichtweise vorherrschte, die den Kampf gegen den Klimawandel als Kampf gegen den umweltzerstörenden Kapitalismus interpretierte und die eine zentrale Handlungsmotivation aus der Solidarität mit den am stärksten vom Klimawandel betroffenen Menschen im Globalen Süden bezog. Dieser Klimagerechtigkeitsframe adressierte somit einen relativ abstrakten Gegner und setzte auf globale Solidarität als primäre Handlungsmotivation. Das Framing von *Fridays for Future* stellt dagegen nicht nur einen klar greifbaren Adressaten (die nationalen Regierungen) in den Mittelpunkt, sondern stellt auch einen direkten Bezug zur eigenen Zukunft der jungen Generation her. Die Diagnose lautet: Der Klimawandel sei eine Gefahr für Frieden und Wohlstand weltweit, und trotz der klaren wissenschaftlichen

Ausgangslage habe die Politik es versäumt, effektive Maßnahmen zur Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens zu ergreifen (*diagnostic framing*). Um zu verhindern, dass die Kippunkte im Klimasystem überschritten werden, müsse die Politik schnell und umfassend handeln (*prognostic framing*). Das Framing des Klimawandels als Generationenfrage (»Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut.«) stärkte gerade zu Beginn den Zusammenhalt der jungen Aktivist_innen. Und im Sinne des *motivational framing* wird die Verantwortung der Jungen betont, einerseits Druck auf die Politik auszuüben und andererseits das eigene Konsumverhalten zu reflektieren und im Sinne eines klimaschonenden Lebensstils anzupassen. So verschiebt sich der geografische Fokus von den oft weit entfernten, schon jetzt vom Klimawandel betroffenen Regionen des Globalen Südens auf den eigenen Lebensraum.

Mit diesem veränderten Framing lässt sich die unmittelbare Dringlichkeit des Handelns deutlich einfacher kommunizieren. *Fridays for Future* erreichte damit eine stärkere und breitere Mobilisierung als diejenigen Akteure der alten Klimabewegung, die in der Vergangenheit auf Proteste gesetzt hatten. Ein zusätzlicher Faktor des resonanzfähigen und erfolgreichen Framings ist, dass die Forderungen der Bewegung einfach, ideologisch unverdächtig und ausgesprochen moderat sind, indem sie sich auf bereits bestehende Beschlüsse, die Einhaltung der Klimaschutzziele und den breiten wissenschaftlichen Konsens in Klimafragen berufen. Mit dem Fokus auf die Versprechen der Politik reduziert sich der Spielraum für ein erfolgreiches *Gegenframing*, also Versuche, die Anliegen der Protestierenden zu delegitimieren und ihre Forderungen zu entkräften. Gleichzeitig erreichte *Fridays for Future* damit gerade zu Beginn der Proteste viele junge Menschen, die sich bisher kaum politisch engagiert hatten und für die ideologische Grundsatzzdebatten wohl abschreckend gewirkt hätten. Dazu kommt, dass der reformistische Ansatz an die Programmatik des NGO-Flügels der alten Klimabewegung anschloss und damit natürliche Verbündete schuf. So wundert es nicht, dass die von Timo Gentes, Lina Löning und Alena Trapp im achten Kapitel interviewten NGO-Vertreter_innen durchweg große Sympathien für FFF äußern.

Mit diesem Framing ist es *Fridays for Future* nicht nur gelungen, die eigenen Anhänger_innen zu mobilisieren, sondern auch darüber hinaus die Meinung breiter Bevölkerungsteile zu beeinflussen. Wie oben ausgeführt konnte FFF zwar auf ein weit verbreitetes Problembewusstsein aufbauen,

allerdings blieb der Anteil der Bevölkerung, der Umwelt- und Klimaschutz als das *wichtigste* Problem betrachtete, stets relativ klein mit Werten von um die zehn Prozent. Mit *Fridays for Future* änderte sich das dramatisch. Im September 2019, dem bisherigen Mobilisierungshöhepunkt der Bewegung, der mit der Verabschiedung des Klimapakets der Bundesregierung zusammenfiel, gaben in der ZDF-Politbarometer-Umfrage 59 Prozent an, Umwelt- und Klimaschutz sei aktuell das wichtigste Problem, vor Migration, Bildung und Renten (Forschungsgruppe Wahlen 2020).

Organisations- und Medienarbeit

Neben diese zentralen Faktoren treten weitere, die den Aufstieg von *Fridays for Future* begünstigt haben. So hat es die Bewegung erstaunlich schnell geschafft, eine effektive und pragmatische Organisationsarbeit aufzubauen. Dieter Ruchts und Dieter Rinks »Blick hinter die Kulissen« im vierten Kapitel sowie die Beschreibung der wöchentlichen Kundgebungen von Charlotte Grupp, Max Hundertmark und Sophie Mandel im fünften Kapitel veranschaulichen die schnell gewachsene Organisationsstruktur, die effektive Logistik und die, im Vergleich zu anderen Bewegungen, relativ reibungslos funktionierende Kommunikation. Ein weiterer Faktor sind Verbündete und Unterstützungsnetzwerke: *Fridays for Future* ist als eigenständiger Akteur zu verstehen und die Aktivist_innen selbst pochen gezielt auf diese Unabhängigkeit. Dennoch hat die Bewegung von etablierten klima- und umweltpolitischen Akteuren profitiert, die FFF in der Regel nicht als Konkurrenz sehen, sondern vielmehr ihr Know-how oder logistische Unterstützung für die Durchführung der Proteste bereitgestellt haben.

Ein wesentlicher Faktor für den Aufstieg von *Fridays for Future*, der in den vorangehenden Ausführungen immer wieder implizit aufgegriffen wurde, ist ihre mediale Präsenz. Mediale Aufmerksamkeit ist eine zentrale Bedingung für den Erfolg von Protest, da erst so die Möglichkeit eröffnet wird, Themen zu setzen und Forderungen in die Öffentlichkeit zu tragen. Diese Bedingung war seit dem Beginn der Bewegung gegeben. Das enorme mediale Interesse an *Fridays for Future* hat viele Gründe (Rucht 2019; Sommer u. a. 2019: 40 ff.), von der Faszination für Greta Thunberg über das junge Alter der Aktivist_innen und die Kontroversen rund um die Aktionsform des Schulstreiks bis hin zu den Massendemonstrationen mit ihren kreativen

Pappschildern und Sprechchören. Zur effektiven Organisationsarbeit von *Fridays for Future* gehört aber auch, dass dieses öffentliche Interesse durch eine clevere und sich schnell professionalisierende Medienarbeit gekonnt aufgegriffen und verstärkt wurde.

Herausforderungen und Chancen in der Coronapandemie

Die im Vergleich zu anderen Protestbewegungen noch immer recht kurze Geschichte von *Fridays for Future* ist trotz der bemerkenswerten Mobilisierung keine lineare Erfolgsgeschichte. Bereits im Herbst 2019, also vor der Coronapandemie und den damit einhergehenden Demonstrationsbeschränkungen, konnte FFF das im September erreichte Mobilisierungsniveau nicht aufrechterhalten. Am folgenden Globalen Aktionstag am 29. November beteiligten sich deutlich weniger Menschen und auch bei den Aktivist_innen in den Ortsgruppen waren Erschöpfungserscheinungen nicht länger zu übersehen. Wie Dieter Rucht und Dieter Rink im vierten Kapitel beschreiben, setzten einzelne Gruppen den wöchentlichen Protestrhythmus auf monatliche Proteste herab. Die bereits ein Jahr andauernde Mobilisierung zehrte an den Kräften der Aktivist_innen. Der für den 24. April 2020 geplante Aktionstag hätte gezeigt, ob die Beteiligung weiter abgenommen hätte, sich auf dem noch immer hohen Niveau vom November stabilisiert hätte oder sogar wieder angestiegen wäre. Die Coronapandemie machte allerdings den Großdemonstrationen auf der Straße einen Strich durch die Rechnung.

Die Reaktion von FFF kam schnell und war ausgesprochen interessant: Der Protest wurde nicht abgesagt, sondern mit einer Doppelstrategie abgewandelt, die auf Onlineproteste auf der einen und indirekte physische Präsenz auf der anderen Seite setzte. Der Versuch, die Proteste von der Straße ins Internet zu verlagern, war naheliegend. Dabei ging *Fridays for Future* über die aus anderen Protestkampagnen bekannte Form des Onlineprotests hinaus, bei der durch prominent platzierte Banner das Internet quasi als virtuelles Transparent genutzt wird (Breindl/Briatte 2013). Stattdessen gab es eine auf Youtube und anderen Plattformen gestreamte, an die Bundesligaberichterstattung im Radio erinnernde Liveschaltung, in der FFF-Aktivist_innen aus verschiedenen Städten in kurzen, zuvor aufgezeichneten oder live übertragenen Beiträgen ihren Protest kundtaten (*Fridays for Future Deutschland 2020*). Begleitet wurde dieser Onlineprotest, der sich vor

allem an den Kern der Aktivist_innen richtete, von mehreren deutlich breiter sichtbaren Protestaktionen; auf der Wiese vor dem Reichstagsgebäude in Berlin und in anderen Städten wurden Tausende der inzwischen ikonischen Pappschilder mit den Forderungen der Bewegung abgelegt. Diese Kombination aus Online- und physischem Protest stellte eine Innovation im Protest-repertoire sozialer Bewegungen dar und unterstrich erneut die Flexibilität und Kreativität der Aktivist_innen.

Andere Versuche, den Protest auch unter Coronabedingungen aufrechtzuerhalten, wie der Aufruf, Plakate und Poster mit Forderungen zum Klimaschutz in Fenster und an Balkone zu hängen, fanden jedoch kaum Widerhall in den Medien und waren wohl in erster Linie als Motivationsschub für die eigenen Anhänger_innen gedacht.

Abbildung 12.1: Plakataktion vor dem Reichstagsgebäude beim »Netzstreik fürs Klima« am 24. April 2020



Quelle: Fridays for Future

Die Proteste von *Fridays for Future* gehen somit auch unter den schwierigen Bedingungen der Coronapandemie weiter. Diese kreative Anpassung des Protestrepertoires kann allerdings nicht überdecken, dass die Pandemie auch für *Fridays for Future* existenzbedrohend ist und die bis dato größte Herausforderung darstellt – und das in nahezu allen Bereichen, die in diesem Buch beleuchtet wurden.

Die Onlineproteste können helfen, Zeit zu überbrücken, an die Relevanz des Klimawandels auch in der Coronakrise zu erinnern und die Aktivist_innen »bei der Stange« zu halten, aber sie entfalten bei Weitem nicht die gleiche Wirkung wie die Massenproteste auf der Straße. Dazu fehlt ihnen das unmittelbare Disruptionspotenzial ebenso wie die Reichweite, die sich in erster Linie auf die eigene »Filterblase« erstreckt. Mit der Absage der Schulstreiks als identitätsstiftendem Anker der Bewegung fehlen gemeinsame Erfahrungen und geteilte Emotionalität. Die Aktivistin Line Niedeggen resümiert in der *taz*: »Wir wollen zeigen, dass wir immer noch da sind [...]. Aber klar war der Protest auf der Straße mitreißender. Das Gefühl, als Gemeinschaft etwas zu bewegen, stellt sich online nur zögerlich ein« (Weise 2020). Dazu kommt der schwierige Umgang mit der »Krisenkonkurrenz« und dem deutlich gesunkenen Medieninteresse: Die Pandemie hat das Thema Klimawandel auf absehbare Zeit von der Spitze der Aufmerksamkeit verdrängt. Und es ist keineswegs sicher, dass FFF im (vermeintlichen) Spannungsfeld von wirtschaftlichem Wiederaufbau und Klimaschutz eine ähnlich breite gesellschaftliche und mediale Sympathie erfährt wie noch vor dem Ausbruch der Pandemie.

Und dennoch gilt auch für FFF das alte Diktum der Krise als Chance, was sich nicht allein auf die oben skizzierten Innovationen im Protestrepertoire beschränkt. Der Coronastillstand bietet die Möglichkeit, den bereits im Winter 2019/20 sichtbaren Findungsprozess der Bewegung zu intensivieren und ohne die Last der aufwendigen Mobilisierungsarbeit inhaltliche und strategische Diskussionen zu führen. Von Vorteil ist, dass FFF schon immer über eine stark vernetzte Kommunikations- und Organisationsstruktur verfügte, die im Gegensatz zu der anderer zivilgesellschaftlicher Akteure, die mit dem Gebot der physischen Distanz zu kämpfen haben, keiner wesentlichen Umstellung bedarf (siehe Döninghaus u. a., Kapitel 7).

Und auch für die zentrale Frage des Framings bietet die Coronakrise wichtige Anknüpfungspunkte: Erstens hat diese gezeigt, dass die Politik in Krisensituationen schnell und entschlossen handeln kann. Luisa Neubauer, eine der zentralen Stimmen von *Fridays for Future* in Deutschland, griff das am 16. März 2020 in einem Fernsehinterview in der Nachrichtensendung »heute« auf: »Wir wissen, dass politischer Wille, wenn er denn da ist, Berge versetzen kann. Das erfahren wir in der Coronakrise gerade hautnah. Was dieser Tage politisch abgeht, entblößt am Ende des Tages auch die Verweigerungshaltung der Bundesregierung, die Klimawissenschaft ernst zu

nehmen und das Pariser Abkommen einzuhalten« (Hofmann 2020). Dazu kommt, zweitens, der deutlich sichtbare Bedeutungsgewinn wissenschaftlicher Expert_innen in der Öffentlichkeit und in der Politik, der den Forderungen der FFF-Bewegung nach einem stärkeren politischen Einfluss (klima-) wissenschaftlicher Expertise Nachdruck verleiht. Neubauer im selben Interview: »Ganz Deutschland hört dem Virologen Christian Drosten zu. Und das ist genau richtig.« Drittens beobachten wir eine Fortsetzung des Generationenkonflikts, nur in vertauschten Rollen: Während in der Klimakrise die ältere Generation von den aufgrund der längeren Lebenserwartung deutlich stärker betroffenen »Jungen« in die Pflicht genommen wird, dreht sich das Verhältnis in der Coronakrise um. Hier wird gerade von der weniger gefährdeten jungen Generation Solidarität gefordert – ironischerweise unter anderem durch die physische Abstinenz vom Schulunterricht.

Ausblick

Die während der Pandemie gezeigte Anpassungsfähigkeit der Bewegung, gepaart mit der hohen Motivation und Politisierung der Aktivist_innen und der Tatsache, dass die durch den Klimawandel verursachten Probleme nicht verschwinden werden, legt die Vermutung nahe, dass die Geschichte von *Fridays for Future* noch nicht am Ende ist und die Bewegung auch nach der Coronakrise wieder Massendemonstrationen auf die Straße bringen wird. Bei einem Blick in die Zukunft geht es aber nicht nur um die Frage, ob und wie die Protestmobilisierung aufrechterhalten werden kann. Soziale Bewegungen sind mehr als nur Protest. Sie gleichen vielmehr Eisbergen, deren größter Teil meist unterhalb der Ebene öffentlicher Sichtbarkeit verborgen bleibt (Melucci 1989; Haunss 2013).

Für die Zukunft von FFF ist auch die Entwicklung ihrer Organisationsstruktur und die Einbettung in das gesellschaftliche Umfeld von großer Bedeutung. Entwicklung der Organisationsstruktur meint hier nicht, dass FFF sich »professionalisieren« müsste, dass die Bewegung eine nationale oder internationale Dachorganisation herausbilden oder ihre Mitgliedschaft stärker formalisieren sollte. Diese Optionen bestehen zwar, es ist aber keineswegs sicher, ob sie dem politischen Erfolg der Bewegung zu- oder abträglich wären.

Wichtiger scheinen uns Fragen der Repräsentation. Damit meinen wir vor allem das Auseinanderdriften der soziodemografischen Zusammensetzung

der lokalen Organisationsstrukturen auf der einen und der Demonstrierenden auf der anderen Seite. Die in den Kapiteln 4, 5 und 7 vorgestellten Forschungsergebnisse zeigen, dass die lokalen Organisationsstrukturen von *Fridays for Future* noch immer sehr stark von Schüler_innen und jungen Student_innen geprägt sind. Aus dieser Gruppe kommen auch die meisten Teilnehmer_innen der kleineren, wöchentlichen Demonstrationen und Kundgebungen. Die großen Demonstrationen sind inzwischen allerdings sehr viel diverser. Viele ältere Menschen haben sich dem Protest angeschlossen (Kapitel 2 und 3). Damit spiegelt die lokale Organisationsstruktur immer weniger die Bewegung als Ganzes wider. Für eine formale Mitgliedsorganisation mag diese Differenz kein Problem sein; für eine soziale Bewegung aber, die nicht auf Repräsentation durch gewählte oder bezahlte Professionelle setzt, sondern auf Selbstermächtigung der in der Bewegung Aktiven, kann dies auf Dauer nicht funktionieren. Wie aber eine Integration der älteren Aktivist_innen in die Organisationsstruktur aussehen könnte, ohne dass diese die jungen Aktivist_innen aufgrund ihres Erfahrungsvorsprungs an den Rand drängen würden, ist offen. Die aktuelle Lösung der jeweils spezifischen Unterstützer_innengruppen unter dem Label »Parents«, »Scientists« etc. »for Future« bringt wohl auf Dauer eher die Gefahr einer Zerfaserung mit sich.

Eine langfristige Folge von FFF sollte noch erwähnt werden: Unabhängig davon, ob und wie es der Bewegung gelingen wird, die Politik zu beeinflussen, organisatorische Herausforderungen zu meistern und in der Postcoronazeit wieder an die vergangenen Mobilisierungserfolge anzuschließen, wird *Fridays for Future* die Lebensverläufe der Aktivist_innen nachhaltig prägen. Biografische Studien zeigen ebenso wie Demonstrationsbefragungen, dass früheres Engagement einer der wichtigsten Indikatoren für zukünftiges Engagement ist. Selten bleibt es beim einmaligen Protest. Menschen, die sich früh politisieren und aktiv werden, setzen ihr Engagement häufig fort (Giugni 2004: 494). Dabei können sich die Inhalte und Formen des Engagements ändern, aber es ist wahrscheinlich, dass die bei *Fridays for Future* engagierten Jugendlichen auch später überdurchschnittlich politisch aktiv sein werden. So werden sie weiter ihre Spuren hinterlassen – in der (Zivil-)Gesellschaft ebenso wie in der Politik.

Literatur

- Bäckstrand, Karin/Lövbrand, Eva (2007): *Climate Governance beyond 2012: Competing Discourses of Green Governmentality, Ecological Modernization and Civic Environmentalism*, in: Mary E. Pettenger (Hg.), *The Social Construction of Climate Change*, London/New York: Routledge, S. 123–147.
- Breindl, Yana/Briatte, François (2013): Digital Protest Skills and Online Activism against Copyright Reform in France and the European Union, in: *Policy & Internet* 5, H. 1, S. 27–55.
- Della Porta, Donatella/Parks, Louisa (2013): Framing-Prozesse in der Klimabewegung: Vom Klimawandel zur Klimagerechtigkeit. In: Matthias Dietz/Heiko Garrelts (Hg.): *Die Internationale Klimabewegung. Ein Handbuch*. Wiesbaden: Springer VS, S. 39–56.
- Dietz, Matthias/Garrelts, Heiko (Hg.) (2013): *Die internationale Klimabewegung. Ein Handbuch*, Wiesbaden: Springer VS.
- Ferree, Myra Marx/Gamson, William A./Gerhards, Jürgen/Rucht, Dieter (2002): *Shaping Abortion Discourse. Democracy and the Public Sphere in Germany and the United States*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Forschungsgruppe Wahlen (2020): Politbarometer. Politik II, Wichtige Probleme, www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/9_Probleme_1.jpg.
- Fridays for Future Deutschland (2020): Stream statt Straße (24.04.2020), #FightEveryCrisis, www.youtube.com/watch?v=9EUVRPSWJsk.
- Garrow, David J. (1985): The Origins of the Montgomery Bus Boycott, in: *Southern Changes* 7, H. 5, S. 21–27.
- Gemeinderat Konstanz (2019): Ausrufung des Klimanotstands in Konstanz, Beschlussvorlage 2019-4128, www.konstanz.de/site/Konstanz/get/params_E-1070803949_Dattachment/133399/Beschlussvorlage_02052019_Ausrufung_des_Klimanotstands_in_Konstanz.pdf.
- Giugni, Marco (2004): Personal and Biographical Consequences, in: David A. Snow/Sarah Anne Soule/Hanspeter Kriesi (Hg.), *The Blackwell Companion to Social Movements*, Oxford: Blackwell, S. 489–507.
- Haunss, Sebastian (2013): *Conflicts in the Knowledge Society. The Contentious Politics of Intellectual Property*, Cambridge: Cambridge University Press.

- Hewitt, Lyndi/McCammon, Holly J. (2004): Explaining Suffrage Mobilization: Balance, Neutralization, and Range in Collective Action Frames, 1892–1919, in: *Mobilization* 9, H. 2, S. 149–166.
- Hofmann, Kristina (2020): »Kein Mensch sieht Corona-Krise als Mehrwert«. Interview mit Luisa Neubauer, in: *heute.de*, www.zdf.de/uri/19295b18-ddbd-4bb6-8d1c-02caf8cdd02e.
- Melucci, Alberto (1989): *Nomads of the Present. Social Movements and Individual Needs in Contemporary Society*, London: Hutchinson.
- Rucht, Dieter (2008): Anti-Atomkraftbewegung. In: Roland Roth/Ders. (Hg.): *Die Sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, Frankfurt am Main: Campus, S. 245–266.
- Rucht, Dieter (2019): Jugend auf der Straße. Fridays for Future und die Generationenfrage, in: *WZB Mitteilungen* 165, S. 6–9.
- Rucht, Dieter/Sommer, Moritz (2019): Fridays for Future. Vom Phänomen Greta Thunberg, medialer Verkürzung und geschickter Mobilisierung: Zwischenbilanz eines Höhenflugs, in: *Internationale Politik*, S. 121–125.
- Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU 2020): Für eine entschlossene Umweltpolitik in Deutschland und Europa [Umweltgutachten]. Kurzfassung. Berlin, www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/01_Umweltgutachten/2016_2020/2020_Umweltgutachten_Kurzfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=4.
- Snow, David A./Rochford Jr., Burke E./Worden, Steven K./Benford, Robert D. (1986): Frame Alignment Processes, Micromobilization and Movement Participation, in: *American Sociological Review* 51, H. 4, S. 464–481.
- Sommer, Moritz/Rucht, Dieter/Haunss, Sebastian/Zajak, Sabrina (2019): Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland, ipb working paper 2.2019, Berlin: Institut für Protest und Bewegungsforschung, https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2019/08/ipb-working-paper_FFF_final_online.pdf.
- Weise, Helena (2020): Fridays for Future streikt am 24. April: Von der Straße ins Netz. In: *taz online* vom 23. April 2020, <https://taz.de/!5678155>.
- ZDF-Politbarometer (2018): Mehrheit fordert mehr Klimaschutz, [https://www.zdf.de/uri/8f20a2a2-8554-43bd-a304-518493e9c6e7](http://www.zdf.de/uri/8f20a2a2-8554-43bd-a304-518493e9c6e7).